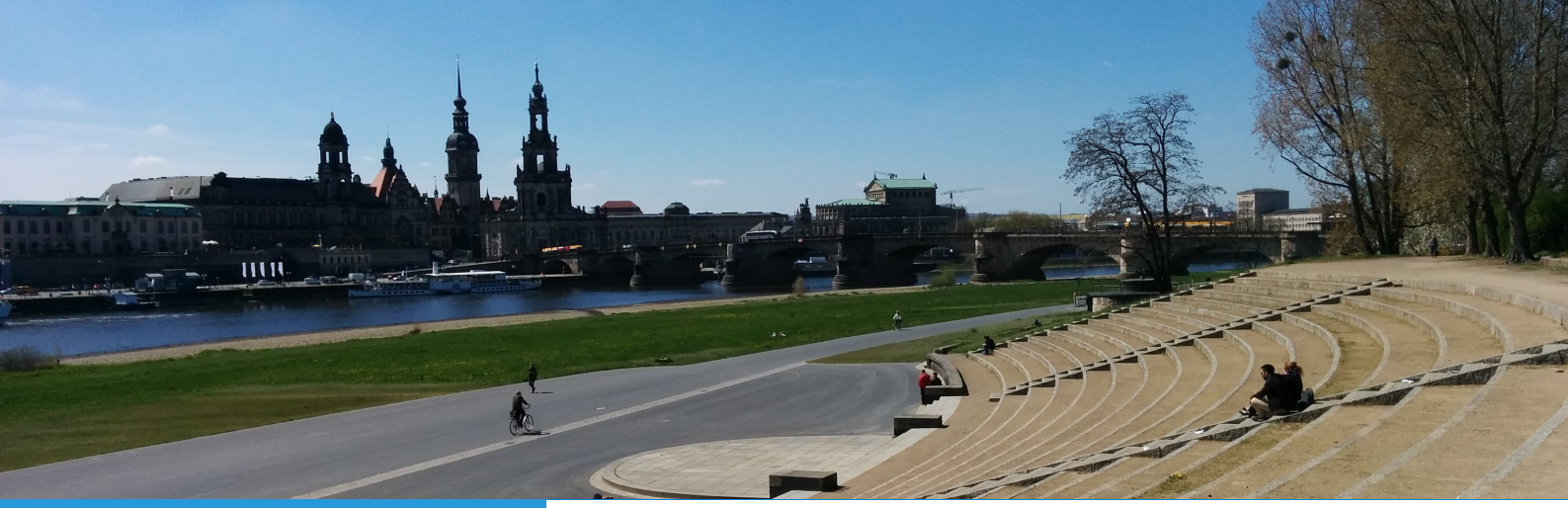


POLIS
Newsletter des UnPartei e.V.

FRÜHJAHRSAUSGABE
Nr. 1, 1. Jg., 01/2017 - www.unpartei.org

Gemeinsam stark!

Liebe UnParteiische und UnterstützerInnen,

im Moment bewegt sich so viel bei uns, dass es sich richtig anfühlt Zeit in einen ausführlichen Newsletter zu investieren der unseren Vorhaben gerecht wird.

Wie schon beim Verein selbst: Der Name ist Programm. Die alten Griechen bezeichneten mit Polis bzw. Poleis "den Ort der Gemeinschaft" und meinten damit nicht nur einen physischen Ort, sondern auch einen Ort in den Köpfen und Herzen aller Menschen.

Wir wünschen uns, dass dieses Verständnis des Begriffes und das Selbstverständnis eines politischen Gemeinwohls in allen Köpfen und Herzen durch unsere Konzepte und Aktionen wieder zu neuem Leben erweckt wird. Libertas, die antike Göttin der Freiheit, bringt uns dabei als Wappenfigur vielleicht Glück.

Wir freuen uns auf ein aufregendes Jahr 2017, das wir ohne euch nicht angehen könnten – danke dafür!

W. A. J. Koenitz

Ministerialrat a. D. Heinz Kruse erläutert bei der Dresdner Demokratiekonferenz einen möglichen Weg zur neuen Verfassung durch Artikel 146 GG.

Erste Dresdner Demokratiekonferenz

Am 28.12.2016 fand unsere erste Dresdner Demokratiekonferenz in Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtler Ralph Boes und seinem Team statt. Die TeilnehmerInnen wurden bewusst ausgewählt und die allgemeine Teilnehmerzahl ebenso bewusst gering gehalten, um eine hohe Gesprächsqualität zu sichern, denn es ging um nicht weniger als den Traum einer deutschen Demokratie!

Mehr auf Seite 2

Themen

Die deutsche Demokratie: Ein Traum?.....2
1. Wandelbar Dresden.....4
Vom Massengrab zum Ehrenmahl. .4
P2P-Foundation lädt zur Demokratiesommerschule.....5
299 UnParteiische im Bundestag?...5
Wie geht es weiter mit dem UnPartei e.V. (i.G.)?.....7
IMPRESSUM.....7

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.

Die deutsche Demokratie: Ein Traum?

Dieser Frage widmeten sich die TeilnehmerInnen der ersten Dresdner Demokratiekonferenz, wobei schnell klar war: Es soll nicht bei einem Traum oder gar einer Utopie bleiben wenn es nach den Anwesenden geht.

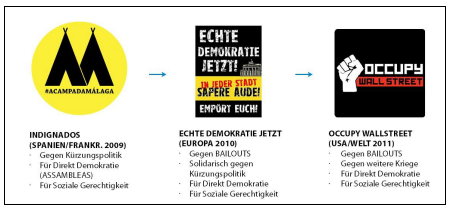
Eröffnet wurde die Konferenz nach einem gemeinsamen Frühstück mit frisch gebackenen Bagels und dem "Meet&Greet" für den UnPartei e.V. durch Johann Koenitz. Das erklärte Ziel dieser ersten Konferenz war das Kennenlernen und vernetzen verschiedener herausragender Akteure um die Idee der (Direkt)Demokratie in Deutschland – es sollte aber nicht dabei bleiben wie sich zeigte.

Verfassung vom Volk e.V.

Ministerialrat a.D. und Mitbegründer des *Verfassung vom Volk e.V.* (VVV) Heinz Kruse hielt das erste Referat und stellte das Vorhaben des VVV vor. Die grundlegende Idee beinhaltet, eine Diskussion um den Inhalt einer neuen Verfassung dadurch zu umgehen, dass das Grundgesetz via freier Volksabstimmung zur Verfassung erhoben wird, mit einer einzigen Ergänzung: Der des Volksentscheides und des Referendums auf Bundesebene. Um dieses Vorhaben zu verwirklichen, soll sich ein Bündnis auf die durch den im Grundgesetz Art. 20 gesicherten "freien Abstimmungen" und die ebenfalls im Grundgesetz verankerte Möglichkeit einer gesamtdeutschen Verfassung durch freie Abstimmung konzentrieren (Art. 146 GG). Die Initiative VVV plant für den 26.01.2017 eine erste Veranstaltung "Bürgerstimme" die den Charakter einer freien Bürgerversammlung mit offenem Mikrophon haben wird, bei der die Themen der Menschen in Hannover durch die Initiative aufgenommen und veröffentlich werden. Heinz Kruse betonte zum Abschluss seiner Rede noch einmal, dass es darum ginge den öffentlichen Raum mit konkreten Aktionen zurück zu gewinnen.

UnPartei e.V. (i.G.)

Den Anschluss bildete das Referat von Johann Koenitz in dem der UnPartei e.V. und seine Entstehungsgeschichte als freie Arbeitsgruppe für die Bewegung *Echte Demokratie JETZT!* bzw. *Occupy Wallstreet* in 2011 aufzeigte. Außerdem erläuterte Johann das Konzept der UnPartiischen für eine Demokratie als Staat. Nach einigen Begriffsdefinitionen aus der Geschichte, bezugnehmend unter anderem auf den antiken Historiker Polybios und den Reformer des alten Athen Solon, stellte er den Wesensunterschied zwischen einer Republik und einer Demokratie fest. Bei einer Demokratie treffe das Volk unmittelbar alle wesentlichen Entscheidungen zur Gesetzgebung, wohingegen dies in einer Republik immer Sache einer Adels-, Beamten- oder Abgeordnetenelite sei. Auch in der Besetzung von Ämtern gab es Johann Koenitz zufolge wesentliche Unterschiede: So wurden bis auf wenige Ausnahmen, wie das Amt der obersten Richter oder das des Heerführers (welche per Direktwahl vom Volke bestimmt wurden), alle Ämter per Loswahl vergeben. Diese Maßnahme diente der Gerechtigkeit zwischen den Polismitgliedern und der Verhinderung von Korruption. Aus dem gleichen Grund wurde stets das Prinzip der Kollegialität angewandt, also jedes höhere Amt immer mit mehreren gleichberechtigten Amtsträgern besetzt, die sich gegenseitig kontrollierten. Weiterhin waren die meisten Amtsträger durch das Volk abwählbar oder standen nach Niederlegung ihrer Ämter vor einem Volksgericht zu ihrem Handeln Rede und Antwort. Neben den historischen Vorlagen behandelte das Referat auch die neu entwickelte *Konsensdirektdemokratie*, die hier aber nicht weiter ausgeführt sein soll (weiterführende Informationen sind auf Anfrage erhältlich). Konstatiert wurde, dass auch die UnParteiischen sich die Einführung der Demokratie in Deutschland über den Artikel 146 GG vorstellen können, betont wurde aber auch, dass ein so wesentlicher Wandel nach Sicht der UnParteiischen nur durch das Einüben und das Ausprobieren der neuen Demokratie durch den



Souverän (das Staatsvolk) selbst nachhaltig sein kann. Der UnPartei e.V. organisiert hierfür erstmals in 2017 freie Volksversammlungen in Dresden und beteiligt sich an der Entwicklung der notwendigen Infrastrukturen für einen bundesweiten Volksentscheid oder eben einen "Bundeskonsens".

Der Menschenrechtsaktivist Ralph Boes erläuterte anschließend an das Referat seine Sichtweise auf das Thema und ermutigte die Teilnehmer diesen ohne Zweifel großen Schritt anzugehen um die großen Mißstände unsere Zeit zu beheben und um für kommende Herausforderungen gut aufgestellt zu sein. Auch wenn es, wie kurz zuvor dargestellt, bereits gute und wichtige Alternativen zum bestehenden System gebe, müssten wir uns zunächst einmal darauf konzentrieren Wandel zugunsten des Gemeinwohls unabhängig von Lobbyisten und Parteien zu ermöglichen – auf das die Menschenrechte eine sichere Verwirklichung erfahren mögen.

Bei Café, Kuchen und angeregter Gesprächsatmosphäre stärkten sich die Teilnehmerinnen und konnten es kaum abwarten in das offene Plenum überzugehen, denn eines wurde deutlich bei den zuvor gehaltenen Reden mit Fragerunden: Es mangelt nicht an gangbaren Wegen zur (Direkt)Demokratie.

Freies Plenum

Eröffnet wurde das freie Plenum mit einem Beitrag der "Regionalisten", MitverfasserInnen der *Charta der Regionen*, die für verstärkte Selbstverwaltung der Menschen und die Besinnung auf kleinere Organisationseinheiten in der Gesellschaft zur Verwirklichung dieser Ziele eintritt. Sie stellten dazu im Sinne der gelebten Subsidiarität ein *räterepublikanisches Modell* vor, bei dem 4 Delegierte pro Region (2x Männer, 2x Frauen, ständig wieder abberufbar) zu Regionalkonferenzen entsandt werden, die dann bei der Interregionalen Zusammenarbeit helfen sollen. Die Delegierten werden bei diesem Konzept von ihrer heimischen Volksversammlung entsandt, die im übrigen auch inhaltliche Vorgaben macht und die wesentlichen Entscheidungen selbst trifft.

Eine der Hauptfragen die an das Plenum gestellt wurden war dabei: Wie geht es jetzt weiter und soll es beim Kennenlernen hier bleiben? Die Teilnehmer waren sich einig: *Wir müssen in Zukunft miteinander kooperieren.* Tatsächlich gelang es dass alle darüber übereinstimmten, dass der vorgeschlagene Weg durch den VVV (Einführung des Volksentscheides auf Bundesebene durch eine frei abgestimmte Verfassung) einen wesentlichen Fortschritt bedeuten würde, auch für diejenigen die sich einen noch umfassenderen Wandel wünschen würden. Aus einem offenen Plenum im Anschluss an eine Konferenz, wurde ein neues Bündnis für die Demokratie in Deutschland!
Es wurde im Plenum beschlossen, dass bei einer zweiten Konferenz im Frühjahr 2017, organisiert durch die UnParteiischen, weitere Verfassungsinitiativen eingeladen werden um sich jeweils kennenzulernen, aber auch um das neu entstandene Bündnis zu stärken.
Hinweise auf Bürgerinitiativen für Verfassung und Demokratie werden durch den UnPartei e.V. gerne entgegen genommen!

Resümee

Die Demokratiekonferenz hat die Erwartungen ihrer Veranstalter bei weitem übertroffen und durch ihre Ergebnisse an Bedeutung gewonnen! Dennoch gilt es selbstkritisch zu bleiben: Was können wir besser machen? Eine gemeinsame Betrachtung hat gezeigt, dass wir vor allem beim zeitlichen Ablauf der Veranstaltung achtsamer sein müssen, denn weit gereiste TeilnehmerInnen haben oft einen begrenzten Zeitrahmen. Eine Art von Pausenglocke sollte beim nächsten mal zur Verfügung stehen. Zu Beginn der Konferenz wird um Redebeiträge zur Eigenvorstellung gebeten, die auf rund 5 min jeweils begrenzt sein werden (auch in Abhängigkeit der Anzahl von RednerInnen). Die Vorträge und Redebeiträge sollen bei der nächsten Demokratiekonferenz von einem professionellen Kameramann aufgenommen und bearbeitet werden, um die Qualität der Aufnahmen zu sichern. Da das offene Plenum am Schluss rund 2h länger dauerte als geplant, wird bei der nächsten Demokratiekonferenz die Hälfte der Zeit für ein offenes Plenum zur Verfügung stehen. Um einen geregelteren Ablauf zu sichern, werden Versammlungshandzeichen durch das Moderatorenteam eingeführt. Im Vorfeld der Demokratiekonferenz sollte eine Erinnerungsemail an alle rausgehen, die ihre Zusage gegeben hatten, denn einige haben den Termin schlicht aus den Augen verloren seit ihrer Anmeldung. In Zahlen und Statistik: Gut die Hälfte der 22 TeilnehmerInnen reiste von außerhalb an. Vertreten waren Dresden, Berlin, Halle, Göttingen, Hannover und Leipzig. Rund 23% waren Frauen und 77% waren Männer. Leider versäumten einige Angemeldete die Teilnahme, wodurch die Bilanz der Demokratiekonferenz leicht ins Negative geriet, was aber durch Spenden ausgeglichen werden konnte. Zur nächsten Konferenz wird darum per Vorkasse angemeldet.

BILANZ				
Pos. Nr.	Positionstitel	Ausgaben	Einnahmen	Differenz
1	Raummiete Collab&Couch	-36,00 €		
2	Backwaren Backland J. Otte	-28,05 €		
3	Frühstück Bagels Dresden	-83,46 €		
4	Getränke	-15,24 €		
5	Privatauslagen: 110,50€			
7	Einnahmen Tickets		140,00 €	
8	Spenden		31,70 €	
GESAMT		-162,75 €	171,70 €	8,95 €
SALDO				
GESAMT				8,95 €

*Besonderen Dank an **Collab&Couch** und **Bagels Dresden**, die auch durch Vergünstigungen zum Gelingen der Konferenz beigetragen haben!*

1. Wandelbar Dresden

Ein Erfolgsmodell wird fortgesetzt: Aus der Dresdner Plauderbar wird die Wandelbar.

Der Grundgedanke der Plauderbar war die Vernetzung von Menschen die im Zuge des Wandels der Gesellschaft von fossilen Energieträgern zu umweltfreundlichen Energien aktiv waren. Viele politisch

aktive Menschen in Dresden kennen die Mittwochabende, an denen im Alten Wettbüro bei einem kühlen Bier oder einem heißen Tee ganz unterschiedliche Organisationen und kreative Köpfe einander kennenlernen konnten an rotierenden Gesprächstischen. Eine echte Institution, die zur *Transition Town Initiative* beitrug. Sie förderte das Entstehen von 13 Gemeinschaftsgärten in Dresden und viele andere Projekte, wie z.B. Energiegenossenschaften, Tauschnetze oder eine Regionalwährung.

In 2017 wird aus der Plauderbar die Wandelbar. Auf Anregung eines Vorstandes der Dresdner Piratenpartei, organisieren die UnParteiischen eine Neuauflage, die nunmehr dem Wandel und der Verbesserung der ganzen Gesellschaft gewidmet sein wird. Angelehnt an die Ressorts des Staates, wie z.B. Wirtschaft, Demokratie oder Soziales, werden monatlich RednerInnen und Bürgerinitiativen eingeladen um ihre Ideen und Tätigkeiten in einem dieser Ressorts in kurzen Impulsvorträgen vorzutragen und sich danach an ihren Gesprächstischen den Fragen und Kooperationsangeboten der DresdnerInnen zu widmen. Die Planungen hierzu sind vorangeschritten und die erste Wandelbar wird im Februar oder März 2017 in Dresden stattfinden.

Vom Massengrab zum Ehrenmahl

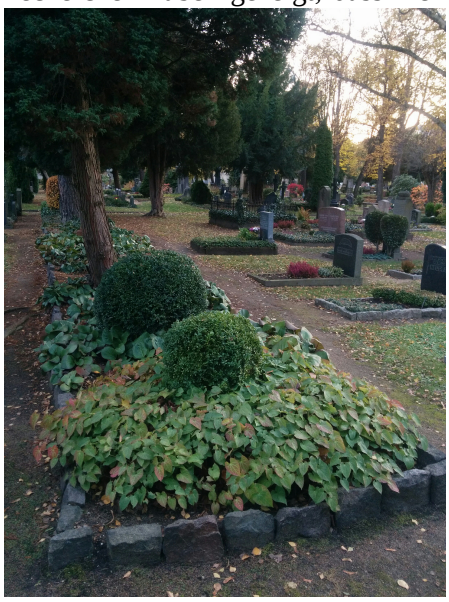
Deutschlands demokratische Geschichte wiederentdeckt und gepflegt.

Die Ideale der deutschen Revolution 1848/49 waren nicht nur ein einig-Vaterland, sondern eben auch die geteilten Ideale der französischen und der schweizerisch-eidgenossenschaftlichen Revolutionen zwischen 1829 und 1849. Neben den Komponisten August Röckel und Richard Wagner, dem Freimaurer und Architekten der Dresdner Semperoper, Gottfried Semper, und dem Begründer des Anarchismus, Michail Bakunin, standen die Dresdner solidarisch für die (Direkt)Demokratie als Staat, soziale Rechte und die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz ein.

Bild oben: Inschrift auf dem Obelisken am Grab der Revolutionäre. 1919 vermutlich während der Zeit der Arbeiter- und Soldatenräte aufgestellt.

Im Jahre 1849 begründeten mehrere deutsche Völker von Baden bis Sachsen ihre eigenen Räterepubliken, zum Teil mit gewaltigen Volksversammlungen von bis zu 27.000 abstimmenden Menschen anstatt eines Parlamentes. In diesem allgemein vergessenen Abschnitt der deutschen Geschichte wurde die erste frei gewählte Regierung in Deutschland berufen und die Bürger organisierten ihre Verteidigung gegen das Königtum und den Adel in freiwilligen Milizarmeen nach dem großen Vorbild der Schweiz.

Noch im selben Jahr schlugen die Söldner des preußischen Königs diese jungen Demokratien blutig nieder und verfolgten alle freiheitlich gesinnten Menschen. In Dresden wurden in heftigen Straßenkämpfen rund 340 Menschen getötet und zum Teil in anonymen Massengräbern beerdigt. Durch den Hinweis eines Dresdner Anwaltes erfuhren die UnParteiischen von der Existenz eines dieser Massengräber auf dem Trinitatisfriedhof in Dresden. Recherchen haben gezeigt, dass hier



in einem unscheinbaren und überwachsenen Streifen 77 Revolutionäre und Radikaldemokraten ruhen.

Um an die demokratische Geschichte dieses Landes zu erinnern und das persönliche Opfer der Toten für die Freiheit aller zu ehren, bringen die UnParteiischen Organisationen zusammen, die die heutigen Vertreter der damaligen Revolution sind. Neben einer anarchistischen Gruppierung, prüfen derzeit die Dresdner Freimaurer ihre Teilnahme

an der gemeinsamen Grabpflege. Weitere Organisationen werden derzeit angesprochen (wir sind für Hinweise dankbar!). Das Ziel ist es, das Ehrenmahl zum 170 jährigen Jubiläum der deutschen Revolution 2018 für ein gemeinsames Gedenken hergerichtet zu haben.

P2P-Foundation lädt zur Demokratiesommerschule

Ist die Demokratie der Weg zu mehr Gemeinsinn in der Gesellschaft?
Das Peer-To-Peer Prinzip (P2P) bezeichnet die Aktion und Kommunikation unter gleichen. Der Begründer der P2P-Stiftung, Michel Bauwens, bereist mit dieser die Welt und trägt eine simple Idee zu den Menschen: *Der Planet gehört allen gleichsam und kein Fortschritt heute erwächst der Leistung eines einzelnen, denn wir alle stehen "auf den Schultern von Riesen" – unseren Vorfahren.* Michel und sein Team setzen sich darum dafür ein, dass Ideen und Innovationen für alle Menschen gleichsam offen gelegt werden, am besten von ihren Kreateuren selbst. Denn der Schlüssel zu Zivilisation und allgemeinem Fortschritt liegt ihnen zu folge im Wissen um Kulturtechniken und der offenen Kooperation der Menschen miteinander. Initiativen wie das "Civilization Starter Kit" der Open Source Ecology Gruppe zeigen schon heute welches Potential in diesen Ideen steckt: Das *Zivilisations-Start-Set* enthält wichtige Informationen, Baupläne und Tutorialvideos für einfache aber robuste Maschinen, die die Menschen in den sog. Entwicklungsländern selbst bauen können: Eine echte Hilfe zur Selbsthilfe. Von der Lehmziegelpressmaschine, über einen einfachen Traktor, Brunnenpumpen, Stromgeneratoren bis hin zu Bauplänen für Wohnhäuser, Schulen und Krankenhäuser (in der Zukunft) – alles auf einer kostenlosen Daten-DVD. Das P2P-Prinzip basiert aber auch auf der Idee, dass keiner von uns darauf warten darf, dass ein IWF oder der obrigkeitliche Staat diese Idee vorantreibt. Es sind normale Menschen wie du und ich die den menschlichen Fortschritt in die Welt tragen. Der Gemeinsinn ist also eine Pflanze, deren Samen in uns allen steckt und es liegt ganz bei uns ob wir sie hegen und pflegen oder weiter eingehen lassen.

Um so vielen Menschen wie möglich das "Gemeinwohlgärtnern" näher zu bringen, veranstaltet die P2P-Foundation in Deutschland jedes Jahr eine P2P-Sommerschule, bei der Vor- und MitdenkerInnen sich austauschen und vielleicht auch neue Ideen kennenlernen können. Die Sommerschule 2017 wird das Thema Demokratie haben. Zu den VeranstalterInnen besteht bereits seit 2 Jahren ein freundschaftliches Verhältnis, weswegen bei den Vorbereitungen zur diesjährigen Sommerschule früh an den UnPartei e.V. (i.G.) gedacht wurde. Das Programm steht noch nicht fest, vorstellbar ist aber neben Referaten auch ein Workshop, um die Prinzipien der Konsensdirektdemokratie einfach mal mit der Sommerschule 2017 auszuprobieren. Wir halten euch auf dem Laufenden! **Möchtest du ebenfalls an der Sommerschule teilnehmen? Dann melde dich einfach bei Johann via Email. Die Kontaktdaten findest du im Impressum.**

299 UnParteiische im Bundestag?

Kann das Gewissen eines einzelnen oder das Programm einer Partei, den demokratischen Willen eines ganzen Staatsvolkes ausdrücken?
Voraussichtlich am 24. September 2017 wird der 19. Bundestag der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Dabei stehen den Wählern nicht nur die Listen der Parteien zur Wahl, denn rund die Hälfte des Parlamentes wird durch direkt gewählte Abgeordnete besetzt, auch als freie Direktkandidaten bezeichnet. Im Idealfall berücksichtigen diese freien Abgeordneten bei ihren Entscheidungen die Vorstellungen ihres Wahlvolkes im Wahlkreis und nutzen ihre Gewissensfreiheit um bedachte Entscheidungen zu treffen, die nicht den kurzlebigen Launen z.B. nach einem Terroranschlag oder einer Krise nationalen Ausmaßes unterworfen sind. Tatsächlich haben diese Abgeordneten in der Vergangenheit wiederholt beachtenswerten Widerstand gegen im Staatsvolk unbeliebte Gesetzesvorlagen gezeigt. Leider bleibt es hier bei nährer Betrachtung nur bei einer aufrechten Minderheit im Bundestag, was unter Umständen auch äußerst umstrittene Gesetzgebung wie die der Kriegseinsätze der Bundeswehr, die zunehmende Überwachung aller Bürger, die Globalisierung unseres Wirtschaftsmodells oder den Abbau sozialer Rechte in den vergangenen 20 Jahren erklären könnte, Gesetzgebungen die in großangelegten professionellen Umfragen wiederholt eine Mehrheit der Menschen in Deutschland jeweils ablehnten.

Ein weiteres Problem der parlamentarischen Republik ist der unbeschränkte Lobbyismus, der politische Korruption zu einem Hauptwerkzeug der Interessenvertretung gemacht hat. Selten ans Licht der Öffentlichkeit dringende Bestechungen von Abgeordneten und vor allem der jeweiligen FraktionsfachpolitikerInnen verhindern, dass eine Politik umgesetzt wird die an den Interessen des *ganzen* Wahlvolkes orientiert ist: So wurden zur Einführung der Hartz4-Regelungen in den Sozialgesetzen durch die Arbeitgebervereinigungen über 100 Mio DM ausgegeben, um die Öffentlichkeit mit einer beispiellosen Kampagne davon zu überzeugen,

dass der deutsche Sozialstaat für den Rückgang an Arbeitsplätzen verantwortlich sei und nicht etwa die durch die selben Arbeitgeber-verbände unterstützte Umstellung von der erfolgreichen und sicheren regionalen Binnenwirtschaft zum globalisierten Modell, bei dem die deutschen ArbeiterInnen mit ihren höheren Löhnen aus der Fabrik-produktion, mit den Fabrikarbeitern in fernen und billigeren weil wirtschaftlich unterentwickelten Ländern in eine erbittere Konkurrenz treten mussten.

Neben einer propagandistischen Dauerbeschallung in allen Medien-kanälen alá "*Das Wasser steht uns bis zum Hals*" oder "*Die sichere Rente war sein größter Wurf*" (dazu ein Plakat mit Bundesminister a. D. Norbert Blüm "Die Rente ist Sicher" und einem großen Bumerang) kaufte die euphemistisch *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* (INSM) getaufte Lobbyorganisation Politiker und Politikerinnen aller großen Parteien regelrecht ein. Die mit großen Geldbeträgen geworbenen setzten sich dann oft gesammelt in politische Talkshows und spielten eine künstliche Einigkeit vor, die den Menschen im Land vorgaugelte: *PolitikerInnen aller sonst ach so verstrittenen Parteien wieder-sprechen sich hier nicht, also könnte ja doch etwas wahres dran sein.* Nicht nur bei diesem Beispiel wurden aus Vetretern des ganzen Volkes, vor allem Vertreter der eigenen Brieftasche.

Der bei dieser Kampagne gestreute Zwiespalt und die Missgunst zwischen den Menschen in Deutschland hat eine Spaltung der Bürgerschaft erzeugt, die auf Sozialneid und verfälschten

Informationen beruht. Ein Erbe auf dem Parteien wie die *Alternative für Deutschland* oder die *FDP* noch heute aufbauen können, in dem sie unter anderem die vermeintlich "faulen arbeitsunwillgen" Menschen als willkommene Sündenböcke nutzen. Dabei waren zur Einführung der Hartz4-Gesetze 2005 weniger als 50.000 Menschen (rund 1%) von 4,86 Mio erwerbsfähigen Arbeits-losen in Deutschland tatsächlich als "Arbeitsunwillig" gemeldet.

Auch wenn Artikel 38 Abs. 1 des Grundgesetzes besagt, Abgeordnete seien "Vertreter des ganzen Volkes", ist dennoch allgemein bekannt, dass das Machtsystem das sich die freien Wahlvereine von einst mit dem Parteiengesetz gegeben haben, diesen wesentlichen Grundgedanken massiv unterläuft und im Falle einer Wahlmehrheit für eine einzelne Partei sogar negiert, denn: Parteien stellen sowohl Listenkandidaten als auch viele Direktkandidaten zur Wahl. Wenn eine vergleichbar kleine Gruppe von Parteimitgliedern (ca. 1,3 Mio Parteimitglieder insgesamt, waren 2015 1,6% der Gesamt-bevölkerung) eine noch kleinere Gruppe von Abgeordneten bestimmt, die bei der Gesetzgebung über 80 Millionen Menschen wiederum an nichts als ihre eigenen Interessen und die ihrer Parteifreunde gebunden ist, dann kann nur noch schwerlich von einem demokratisch legitimiertem Prozess gesprochen werden. Ein Extrembeispiel stellen hier die Reichstagswahlen 1932 dar, die zweifelsohne eines der schlimmsten Kapitel unserer Geschichte einleiteten, obwohl nie eine Mehrheit der Deutschen für die Politik Adolf Hitlers und seiner Verbrecherfreunde gestimmt hat (Die NSDAP erhielt rund 33%, hatte also keine Mehrheit vor der Machtergreifung. Die Nazipartei hatte zu diesem Zeitpunkt 1 Mio Mitglieder bei rund 65 Mio Menschen in der Weimarer Republik).

Beobachtungen wie diese regten die UnParteiischen an, das Vertreter-prinzip einer Republik in Frage zu stellen und nach einer bewährten Alternative dazu zu suchen. Auf unserem Weg zur *Konsens-direktdemokratie* begegnete uns mit Piere-Joseph Proudhons Ideen eine weitere Möglichkeit die Schwach-stellen des parlamentarischen Systems zumindest kurz- oder mittelfristig zu beheben. Auch als *Imperativmandat* bekannt, betrachteten wir die Möglichkeit, die Abgeordneten über eine Art des Gesellschaftsvertrages an die Interessen des Stimmvolkes zuhause zu binden. Der grundlegende Gedanken dabei ist, dass die Menschen im Wahlkreis des Abgeordneten in einer ständigen freien Bürgerversammlung alle Entscheidungen die im Bundestag durch den Abgeordneten zu fällen sind, vorab selbst fällen und zu diesem Zweck von ihrem Abgeordneten und seinen bis zu 10 angestellten ReferentInnen (Stand 2017) über die Zusammenhänge informiert werden. Der oder die freie Abgeordnete stimmen dann gemäß der Entscheidungen ihres Stimm-volkes ab und übertragen so den direkten Willen der Menschen in ein indirektes System – die (Direkt)

Demokratie als eine Art trojanisches Pferd im System der parlamentarischen Republik. Bei gleichzeitigem Erhalt und dem Erweitern der Unabhängigkeit der Justiz und Exekutive im Sinne der Gewaltenteilung, wäre mit einer solchen Systemreparatur eine wesentliche Besserung im Staate quasi sofort zu erwarten.

Darum unterstützen wir bei der Bundestagswahl 2017 Direkt-kandidaten und Direktkandidatinnen, die bereit sind einen solchen Gesellschaftsvertrag als freiwillige Selbstverpflichtung zu unterzeichnen und ihren Amtseid auf das Grundgesetz schon vor ihrem zukünftigen Wahlvolk zu leisten. Da es unserer Ansicht nach nur den Wählerinnen selbst zusteht zu bestimmen wen sie als "ihren" Kandidaten berufen, organisieren wir freie Volksversammlungen. Die bei diesen Bürgerversammlungen von den Wählern vorab abgestimmten Direktkandidaten unterstützen wir im Anschluss nach unseren Möglichkeiten als UnPartei e.V. im Bundestagswahlkampf 2017. Auch wenn ein so gewählter Abgeordneter laut geltendem Grundgesetz nicht abgewählt oder gestraft werden kann (höchstens mit persönlicher Verachtung für ein so unehrenhaftes Verhalten), so betrachten die UnParteiischen diesen Versuch dennoch als ein wertvolles Experiment, das vielleicht sogar das Potential hat durch die regelmäßige Teilnahme an der lokalen Volksversammlung, eine größere Veränderung zu mehr Gemeinsinn und Politikinteresse vor allem in den Köpfen und Herzen der Menschen selbst zu führen.

Die erste freie Bürgerversammlung wird in Dresden im März stattfinden. Ein genauer Termin kann bekanntgegeben werden, sobald eine wetterfeste Versammlungs-möglichkeit gesichert werden konnte. Die UnParteiischen in Sachsen Unterstützen außerdem alle Menschen in Deutschland dabei dieses Prinzip auch in ihrem eigenem Wahlkreis auszuprobieren! Bis zum Juni 2017 sollten jeweils alle Unterstützungsunterschriften für freie und "UnParteiische" Direkt-kandidaten gesammelt sein. Die Domain *Buergerversammlung.de* konnte als Plattform bereits gesichert werden.

Wie geht es weiter mit dem UnPartei e.V. (i.G.)?

Nach dem die Gründungs-mitglieder des UnPartei e.V. (i.G.) bereits 5 Jahre an einem besseren Systementwurf arbeiteten, erschütterte uns das Ergebnis der Vorprüfung der Gemeinnützigkeit des Finanzamtes Dresden im Okt. 2014 nicht wirklich.

Sätze wie "nur bestimmtes Einzelinteresse Staatsbürgerlicher Art" oder "nur auf den Kommunal-bereich beschränkte (Interessen)" seien nicht Förderungswürdig zeigten und vor allem eines: Wir wurden nicht verstanden. Nachdem wir das Schreiben zunächst als eine Art Angriff begriffen, entschieden wir uns stattdessen dieses als Auftrag zu verstehen. Was folgte war nochmal viel Schreibarbeit. Wir begannen die Ergebnisse unserer jahrelangen Arbeit niederzuschreiben und einen Flyer für einen konkreten Anwendungsfall zu kreiieren. Wir entschieden uns außerdem dafür, dass wir auch ohne anerkannte Gemeinnützigkeit weitermachen würden. Schlussendlich haben wir die Satzung noch einmal überarbeitet und vor allem dem Finanzamt geläufige Begriffe verwendet. Das Unterzeichnungstreffen der Satzungsversion 1.1 und die Vorstandsratwahl stehen für Anfang Februar 2017 an. Nach Unter-zeichnung der überarbeiteten Satzung erbitten wir eine weitere Prüfung auf Gemeinnützigkeit beim Finanzamt, tragen uns beim Amtsgericht Dresden ein und richten unser Vereinskonto ein, um endlich das *in Gründung* (i.G.) hinter unserem Namen wegzubekommen und handlungsfähig zu sein.

Für 2017 steht das Etablieren unserer Wachstumsgrundlagen an: Eine Finanzordnung will erarbeitet sein, die auch Finanzschwachen-mitgliedern eine vollwertige Teilhabe ermöglicht. Die Webseite braucht ein Update und eine regelmäßige Betreuung. Wir erhalten ein (zunächst) vereinsinternes Open-Source Netzwerk das voraussichtlich Anfang Februar zur Installation auf unserem Server bereit sein wird. Letzteres beinhaltet Gruppen- und Forenstrukturen, vergleichbar mit der Gestaltung von Facebook. Wir werden aber auch die Möglichkeit haben eigene Werkzeuge und Programme einzubauen, wie z.B. Abstimmungssoftware, eine einfache Onlinebilanzierung für die Arbeits-gruppen und den Verein, Terminkalender, Mediensammlungen und natürlich unser geliebtes UnWiki. Außerdem richten wir eine ganz neue Emailverteilerstruktur ein, auch um dem Vorstandsrat ein effektives Arbeiten zu ermöglichen. Es gilt weiterhin Mitglieder zu werben, die in dieser frühen Phase bestimmte Qualitäten mit sich bringen und verstehen, dass der UnPartei e.V. weder Vereinsmeierei noch Karrierismus dulden wird. Auch wenn wir prinzipiell an einem Strang ziehen, brauchen wir vereinsinterne "Paten" für jedes Format das wir etablieren werden in Zukunft. Diese und einige andere Punkte gehen wir dieses Jahr gemeinsam an. Wünscht uns Glück und weiterhin Durchhaltevermögen.

Die Gründer

IMPRESSUM

Kontakt: unpartei@gmail.com
Internet: www.unpartei.org
Ansprechpersonen:
W. A. J. Koenitz; +4915787672831
Jörg Hippe; +491743379473